

## **LAG SELBSTHILFE Mitgliederversammlung**

**25 Jahre Art. 3 GG, 10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention, 8 Jahre  
Landesumsetzungsplan:  
„Viel erreicht – noch mehr zu tun!“**

Die LAG SELBSTHILFE BADEN-WÜRTTEMBERG bilanzierte auf ihrem Mitgliederversammlung am 23.11.2019 im „Krempels-Bistro“ im Paulinenpark nicht nur rückschauend. Die Verantwortlichen der Dachorganisation und Vertreterinnen und Vertreter ihrer 57 Mitgliedsverbände formulierten auch deutlich, noch unerfüllte Erwartungen von Menschen mit Handicap und ihren Angehörigen.

„Vor 10 Jahren wurde die UN-Behindertenrechtskonvention geltendes Recht in Deutschland. Wir stellen fest, es gibt noch erhebliche Umsetzungsdefizite. Eine umfassende, barrierefreie Zugänglichkeit von behinderten und chronisch kranken Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen ist auch in Baden-Württemberg noch lange nicht gewährleistet“, mahnte Hubert Seiter, Vorsitzender der LAG SELBSTHILFE, zu Beginn des öffentlichen Teils der Mitgliederversammlung. In mehreren Kurzbeiträgen zu verschiedenen Lebensbereichen wurde nicht nur kritisiert. Gespart wurde auch nicht mit Lob, dort wo es angebracht war.

**Herr Felix Riedl, Stv. Verwaltungsdirektor des Diakonie-Klinikums**, berichtete in seinem Grußwort von zwei bemerkenswerten Aktivitäten im Klinikum. Im Rahmen des Modells „barrierefrei gesund“ habe man Defizite bei der Versorgung von behinderten Menschen im Krankenhaus gesucht, gefunden und daraus Verbesserungsmöglichkeiten abgeleitet. Dies geschah im Zusammenwirken mit Betroffenen und deren Angehörigen. Ein Resultat war beispielsweise die anschließenden Schulungs-veranstaltungen für mehr als 700 MitarbeiterInnen des Klinikums oder die Benennung von Beauftragten für Menschen mit Behinderung im DKS. „Nur so ist es gelungen, im Vorfeld, bei der Aufnahme, im Rahmen der Behandlung und bei der Abstimmung der Nachsorge eine besondere Betreuungskultur im Umgang mit behinderten Menschen einzuleiten“, ist sich der Verwaltungschef sicher. Ebenso freut er sich über die Anerkennung eines MZEB – Medizinisches Zentrum für erwachsene Menschen mit Behinderung am Diakonie-Klinikum. „Bundesweit gibt es nur zwei zugelassene MZEB an einem Akutkrankenhaus. Wenn wir in 2020 an den Start gehen, freuen wir uns auf die aufmerksame Begleitung durch Selbsthilfegruppen“, ermunterte Herr Riedl zur Zusammenarbeit.

Moderiert von **Frau Simone Fischer, Beauftragte der Landeshauptstadt Stuttgart für die Belange von Menschen mit Behinderung**, wurden im Anschluss Erfahrungsberichte zu den Lebensbereichen Gesundheit, Barrierefreiheit, Bildung und Arbeitswelt diskutiert und einige Kernbotschaften formuliert:

- „Wir müssen bei der anstehenden Evaluation der UN-BRK die Umsetzung des gegebenen Rechts mutig einfordern“
- „Der Übergang der medizinischen Versorgung chronisch kranker Kinder von der Kinder- in die Erwachsenenmedizin ist völlig unzureichend; es fehlen spezielle Zentren, eine kostendeckende Finanzierung, qualifizierte Fachkräfte und eine entsprechende räumliche Ausstattung.“
- „Barrierefreiheit ist ein Querschnittsthema. Die umfassende Zugänglichkeit muss für alle Lebens- und Gesellschaftsbereiche gewährleistet sein“
- „Nicht nur Rampen und Aufzüge sind nötig. Leitsysteme, Orientierungshilfen, akustische Ansagen, Zugangssignale, große/kontrastreiche Schrift, barrierefreies Internet, „leichte Sprache“ usw. sind unverzichtbar“
- „Jeder Mensch hat ein Recht auf gute Bildung“
- „Eine inklusive Beschulung muss der Normalfall sein. Das Elternwahlrecht muss ernst genommen werden“
- „Bildungswegekonferenzen sind Pflicht. Ebenso frühzeitige berufsvorbereitende Maßnahmen“
- „Alternativen zu den Werkstätten für Behindert sind notwendig. Das „Budget für Arbeit“ hat bislang die Erwartungen – Integration in den 1. Arbeitsmarkt - nicht erfüllt“
- „Teilqualifizierung unterhalb des Gesellenbriefs müssen anerkannt werden“
- „Sozialversicherungsträger – Agentur für Arbeit, Rentenversicherung, Unfallversicherung, Sozialhilfe – und Industrie- und Handwerkskammern in die Pflicht nehmen“

**Frau Clauss vom Ministerium für Soziales und Integration** verkündete abschließend zwei hoffnungsvolle Botschaften: „Die Errichtung des von der LAG SELBSTHILFE geforderten „Kompetenzzentrums für umfassende Barrierefreiheit“ ist auf einem guten Weg, selbstverständlich mit hervorragender Einbindung der Selbsthilfe . Auch werden in Zusammenarbeit mit der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg bis 2020 Überwachungsstellen für Barrierefreiheit aufgebaut“.

*V.i.S.d.P. Hubert Seiter, Vorsitzender der LAG SELBSTHILFE Baden-Württemberg e.V.*